BE: MAYER

Nr… der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(4. Session der 15.Gesetzgebungsperiode)

Antrag

der Abg KO Mag. Gutschi und Mag. Mayer betreffend die gemeinsame Sicherung der Schengen-Außengrenze in Slowenien.

Die Situation ist aufgrund der steigenden Flüchtlingsanzahl nicht nur für Österreich und Salzburg, sondern für ganz Europa ernst. Es braucht dringend länderübergreifende Maßnahmen, um der Situation Herr zu werden und den Strom an Flüchtlingen kontrolliert und solidarisch auf die europäischen Länder aufzuteilen. Salzburg und Österreich sowie Deutschland tragen derzeit eine hohe Last in der Versorgung der Asylsuchenden. Auf die Einwohnerzahl gerechnet kommen für das Jahr 2015 bis Ende November in Österreich ca. 8,1 und in Deutschland 5,6 Asylansuchen auf 1.000 Einwohner während die Zahl in Portugal bei lediglich 0,09 pro 1.000 Einwohnern liegt.

Derzeit wird mehrfacher Aufwand zur Grenzsicherung in Slowenien, Deutschland und Österreich betrieben, weil die EU-Staaten nach und nach einzeln ihre Grenzen zu sichern und zu bewachen beginnen. Ein viel effektiverer Ansatz wäre, wenn vor allem auch mit den Nachbarstaaten die Ressourcen gebündelt würden und eine gemeinsame Grenzsicherung mit Deutschland und Slowenien an den Südgrenzen und damit an der derzeitigen Schengen-Außengrenze aufgebaut werden könnte. Damit wären die Kräfte sinnvoll und effektiv für die Sicherung der Außengrenze gebündelt anstatt innerhalb der Schengen-Zone jeden Grenzübergang einzeln sichern zu müssen. An einer solcherart gemeinsam kontrollierten Grenze wäre auch die Registrierung der Flüchtlinge und in weiterer Folge die geordnete Zuteilung auf die einzelnen Länder besser durchführbar.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, einen, wie in der Präambel genannten, gemeinsamen Grenzschutz mit Deutschland an der slowenischen Schengen-Außengrenze umzusetzen.

2. Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung an das Hohe Haus zugewiesen.

Salzburg, am 14. Dezember 2015